



**EUROPÄISCHER RAT  
DER PRÄSIDENT**



Brüssel, den 26. April 2012  
EUCO 71/12  
PRESSE 177  
PR PCE 63

## **"AUS DER KRISE HERAUSWACHSEN"**

### **Rede des Präsidenten des Europäischen Rates, Herman Van Rompuy, zur Eröffnung des European Business Summit**

Ich freue mich, auf diesem European Business Summit zu Ihnen sprechen zu dürfen. Dieses Gipfeltreffen ist nicht nur eine Plattform für den Austausch, sondern auch für Veränderungen. Und Europa braucht Veränderungen.

Dies wird uns nur gelingen, wenn wir der Öffentlichkeit bewusst machen, was auf dem Spiel steht. Wir müssen unsere sozioökonomischen Modelle an eine sich rasant verändernde Welt anpassen und gleichzeitig die Menschen mitnehmen und die öffentliche Meinung für uns gewinnen. Wahlergebnisse und Meinungsumfragen in ganz Europa zeigen, welch große politische Herausforderung dies ist.

Als tatkräftige Geschäftsleute, die diese Veränderungen ganz unmittelbar erfahren, fällt Ihnen die entscheidende Aufgabe zu, sich mit Ihrer Botschaft in die öffentliche Debatte in Ihren Ländern und Gesellschaften einzubringen.

Das Ziel ist klar und wird allseits geteilt: Europa muss der Kontinent bleiben, der allen Bürgern attraktive Lebens- und Arbeitsbedingungen bietet und es ihnen ermöglicht, Wohlstand zu schaffen und zu nutzen. Dafür benötigen wir Wachstum, und zwar "Qualitätswachstum". Und Rahmenbedingungen, die durch sozialen Dialog, Zusammenhalt und Fairness gekennzeichnet sind.

Was Sie als Unternehmer benötigen, ist ebenso klar. Nämlich aus meiner Sicht im Wesentlichen vier Dinge: Sie brauchen Ideen, ein innovatives Umfeld, speziell in der Industrie. Sie brauchen Menschen mit den unterschiedlichsten Fertigkeiten und Fähigkeiten. Sie brauchen Kapital zur Finanzierung Ihrer Investitionen. Und Sie brauchen Absatz- und Beschaffungsmärkte.

# **P R E S S E**

---

Dirk De Backer - Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9768 - +32 (0)497 59 99 19  
Jesús Carmona - Stellvertretender Sprecher des Präsidenten - ☎ +32 (0)2 281 9548 / 5150 - +32 (0)475 65 32 15  
[press.president@consilium.europa.eu](mailto:press.president@consilium.europa.eu) <http://www.consilium.europa.eu/>

Diese vier Handlungsfelder bestimmen die Bedingungen für Wachstum und Beschäftigung. Sie stehen im Mittelpunkt der Wachstumsstrategie Europas. Innovation und Forschung, Bankkredite und Wagniskapital, Arbeitsmärkte, Welthandel: Trotz der Krise sind wir an all diesen Fronten nach vorangeschritten und werden dies auch künftig tun!

Sie benötigen jedoch – als Fünftes – noch etwas, das ebenfalls von entscheidender Bedeutung ist. Wenn die Dinge gut laufen, gerät es aus dem Blick und wird daher leicht vergessen; es spielt jedoch weiterhin eine ganz wichtige Rolle: Es ist die Stabilität. Stabilität in politischer, sozialer, wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht. Sie ist Voraussetzung für die vier anderen Dinge, Grundlage für Vertrauen und eine zentrale Aufgabe des Regierungshandelns. Sie lässt sich nicht im Alleingang gewährleisten.

Seit 2008 ist Europa mit zwei größeren Krisen konfrontiert, der Bankenkrise und der Staatsschuldenkrise. Sie hätten unglaubliche Zerstörungen anrichten können. Sie konnten jedoch eingedämmt werden, weil Staaten und Institutionen eingeschritten sind und dies auch weiterhin tun, um für wirtschaftliche Stabilität zu sorgen. Sie helfen den Banken und unterwerfen sie einer wirksameren Regulierung, sie helfen den in finanziellen Schwierigkeiten befindlichen Ländern des Euro-Raums und sie helfen Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei der Überbrückung der angespannten Lage. Kurz gesagt, sie federn die Schocks ab.

Angesichts dieser unerlässlichen Stabilitätsanstrengungen sind die laufenden Wachstumsanstrengungen in der öffentlichen Wahrnehmung in den Hintergrund gerückt. Nun aber rückt die Wachstumsdebatte überall in Europa in den Mittelpunkt, und zwar zu Recht. Eigentlich ist sie nie verstummt, sie wurde nur weniger wahrgenommen. Sie war sogar das Hauptthema der ersten Tagung des Europäischen Rates, die ich – im Februar 2010 – unter meiner Leitung einberufen hatte. Im Jahr darauf haben wir innovations- und energiepolitische Entscheidungen getroffen. In diesem Jahr haben wir bereits zwei Tagungen des Europäischen Rates dem Thema Wachstum und Beschäftigung gewidmet.

Gestatten Sie mir drei weitere kurze Bemerkungen grundsätzlicher Art:

Erstens: Im Durchschnitt ist die Rezession, in der sich Europa derzeit befindet, eher gemäßigt, allerdings mit sehr großen Unterschieden zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Es besteht keine generelle Deflationsgefahr. Den aktuellen Prognosen zufolge wird das BIP im Euro-Raum 2012 um 0,3 Prozent schrumpfen und im kommenden Jahr wieder wachsen. Mehrere europäische Volkswirtschaften verzeichnen Wachstumsraten – sowohl außerhalb als auch innerhalb des Euro-Raums. Die Preisstabilität, die eine Voraussetzung für wirtschaftliches und politisches Vertrauen darstellt, wurde gewahrt.

Zweitens: Wir müssen zwischen strukturellen und außergewöhnlichen Problemen unterscheiden. Die Finanzkrise und die Schuldenkrise waren (und sind) außergewöhnliche Phänomene. Sie haben einige Länder wirklich hart getroffen. Denken Sie an die Millionen arbeitsloser Männer und Frauen in Griechenland oder Spanien. Die Krise hat aber auch strukturelle Herausforderungen ans Licht gebracht, die schon vorher bestanden. Sie betreffen uns alle. Nämlich systemische Herausforderungen, mit denen sowohl die Wirtschafts- und Währungsunion als auch einzelne Länder konfrontiert sind. Die Mitgliedstaaten, die sich am stärksten um eine Verbesserung ihrer Wettbewerbsfähigkeit bemüht hatten (wie Deutschland vor einem Jahrzehnt sowie die Niederlande und Schweden vor zwanzig Jahren), konnten der Krise leichter standhalten als andere.

Drittens: Derzeit ist der Handlungsspielraum für makroökonomische Politik begrenzt. Während der Krise sind die haushalts- und geldpolitischen Instrumente vollständig mobilisiert worden. Unlängst hat die Europäische Zentralbank ihre Instrumente fast bis an die Grenzen des Möglichen ausgereizt. Schuldenstände und Defizite lassen kaum noch Raum für fiskalpolitische Anreize, auch wenn einige Länder über Spielraum verfügen, um die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen.

Ich staune, mit welcher widersprüchlichen Forderungen wir zuweilen konfrontiert sind; an einem Tag erklärt man uns, dass mangelnde Haushaltsdisziplin das Vertrauen der Märkte untergräbt, und am nächsten, dass die Haushaltskonsolidierung das Wachstum abwürgt!

Lassen Sie es mich klar sagen: Haushaltskonsolidierung ist kein Selbstzweck, sondern eine Vorbedingung für nachhaltiges Wachstum. Strukturreformen sind nach wie vor der wichtigste Hebel, der uns zur Verfügung steht. Zwar zeigen sich ihre Ergebnisse nicht unmittelbar – dies ist auch gar nicht möglich –, doch sie wirken längerfristig und führen mit der Zeit zur Schaffung neuer Arbeitsplätze. Wir müssen die Wahrheit sagen. Es gibt keine Zauberformeln. Reformen brauchen Zeit, und dies gilt auch für ihre Wirkung auf Wachstum und Beschäftigung.

Natürlich konzentrieren wir uns, wenn wir über Reformen sprechen, immer auf den Weg, der vor uns liegt. Dieser mag steil erscheinen, aber schauen Sie nur, wie weit wir bereits gekommen sind. Dies sollte uns Mut machen.

Mutige Entscheidungen sind in ganz Europa getroffen worden. Sie richten sich gegen angestammte Interessen jeglicher Art: in der Finanzwelt, im Energiesektor, auf dem Arbeitsmarkt und bei geschützten Dienstleistungen. Soziale Gerechtigkeit kann nur erreicht werden, wenn Anstrengungen und Opfer gleichmäßig verteilt sind.

Meine Kollegen Elio Di Rupo und Mario Monti haben Ihnen hierfür gerade einige eindrucksvolle Beispiele geliefert. Andere Kollegen haben gleichermaßen den Stier bei den Hörnern gepackt. Spanien und Portugal haben ihre Arbeitsmärkte flexibilisiert. Griechenland hat 150 reglementierte Berufe liberalisiert. Finnland und viele andere Länder haben den Faktor Arbeit steuerlich entlastet. Polen hat den bürokratischen Aufwand für Unternehmensgründungen und Firmen verringert.

Die baltischen Staaten, die weltweit mit am stärksten betroffen waren, haben drastische Maßnahmen ergriffen. Heute ist wieder Wachstum zu verzeichnen, und nirgendwo in Europa steigt das Beschäftigungsniveau schneller als in Litauen, Lettland und Estland! Und dies bei Systemen mit festen Wechselkursen. Ich für meinen Teil habe nie daran geglaubt, dass Abwertungen aus strukturellen Problemen herausführen können!

Einen Großteil der Anstrengungen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit müssen die Mitgliedstaaten selbst leisten. Dabei hilft es, voneinander zu lernen. Allen meinen Kollegen ist nunmehr deutlich bewusst, dass der Misserfolg – oder der Erfolg – eines Landes die Perspektiven für alle verändern kann. Dies verleiht der Diskussion unter den Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat eine neue Intensität. Und ich halte es für meine Pflicht als sein erster ständiger Präsident, die Kontinuität, die mein Amt bietet, bestmöglich zu nutzen und meine Kollegen – höflich, aber beharrlich – an ihre individuellen Versprechen und an die gemeinsamen Verpflichtungen zu erinnern.

#### Wachstumsfördernde Maßnahmen der EU

Einen Teil der Arbeit zur Schaffung eines wachstumsfördernden Umfelds können wir nur zusammen, auf Ebene der EU, leisten.

Nehmen Sie etwa die Patente; nur mit ihnen können aus Ideen Produkte entstehen. Zur Zeit sind die Kosten für die Anmeldung eines Patents in Europa zwanzig Mal höher als in den Vereinigten Staaten oder in Japan. Wir sind einer Einigung über das lang erwartete europäische Patent näher denn je: Die Kosten dürften sich dadurch um bis zu 80 % verringern. Das europäische Patent wird allseits für große Erleichterung sorgen!

Oder schauen Sie, was die Union für den Binnenmarkt tut – unsere einzigartige Errungenschaft – und für den Handel, und wie dadurch neue Drittlandsmärkte für unsere Unternehmen erschlossen werden.

Sofern er unter gleichen Wettbewerbsbedingungen stattfindet, ist der internationale Handel ein entscheidender Wachstumsmotor. Das Beispiel Deutschland beweist, dass Europa perfekt in der Lage ist, seine Position als Exporteur hochwertiger Güter zu behaupten. Mit Sicherheit profitieren wir enorm von der Abschaffung nichttarifärer Handelshemmnisse. Unser Abkommen mit Korea ist hierfür ein gutes Beispiel. Wir hoffen, dass Japan seiner Absichtserklärung Taten folgen lässt und seine Märkte öffnet. Handelspolitische Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten könnten eine große positive Wirkung entfalten, doch sind wir noch nicht so weit. Viele Unternehmen machen ausgezeichnete Geschäfte in China, aber nach wie vor gibt es dort ein großes unerschlossenes Potenzial. Der Handel ist keine Einbahnstraße.

In den globalen Beziehungen geht es aber nicht nur um Märkte, sondern auch um Menschen. Oft heißt es, dass es einen weltweiten "Wettstreit um Talente" gibt. Dies trifft zwar zu, kann jedoch den falschen Eindruck vermitteln, dass es dabei um Eliten geht. Vielmehr besteht derzeit auf allen Ebenen Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften. Derzeit gibt es mehr als zwei Millionen freie Stellen in der Union. Und ich gehe davon aus, dass wir nicht zwei Millionen Albert Einsteins suchen ...!

Doch wir können viel dafür tun, dass unsere Arbeitskräfte auch weiterhin weltweit am besten qualifiziert sind. Lassen Sie uns konkret werden: Was können wir etwa für einen 16jährigen Spanier oder Schweden tun?

Erstens: Wir können ihn vor und während seiner gesamten beruflichen Laufbahn dem Bedarf unserer Volkswirtschaften entsprechend angemessen aus- und weiterbilden. Es gilt, die Kluft zwischen Klassenzimmer und Arbeitsplatz zu überbrücken, was Anstrengungen von beiden Seiten erfordert.

Zweitens müssen wir es jungen Menschen erleichtern, den ersten Schritt ins Erwerbsleben zu tun: durch Ausbildungsplätze, Praktika, erste reguläre Arbeitsverträge. Die Zeit der lebenslangen Arbeitsplätze ist vorbei, aber jeder sollte zumindest eine faire erste Chance erhalten.

Drittens müssen wir es den Menschen leichter machen, dahin zu ziehen, wo es Arbeitsplätze gibt. Die eindrucksvolle Zahl freier Stellen in Deutschland, im Vereinigten Königreich und andernorts in Europa zeigt, dass es einen wirklichen Arbeitskräftemangel gibt, oder zumindest einen punktuellen Arbeitskräftemangel. Die Herausforderung besteht darin, auch im beruflichen Bereich das umzusetzen, was das Erasmus-Programm für den Hochschulbereich geleistet hat! Die Kommission hat ihre klügsten Köpfe mit dieser Aufgabe betraut.

Doch Sie können Ideen haben, Märkte und qualifizierte Mitarbeiter – ohne Kapital erreichen Sie nichts. Die Finanzierung ist der Schlüssel für Wachstum auf längere Sicht, aber auch auf kurze Sicht, um eine Abwärtsspirale zu vermeiden. Hier kann Europa einen entscheidenden Beitrag leisten.

Unsere Arbeit auf dem Feld der Stabilität ist noch nicht beendet. Wie wir an der aktuellen Situation auf den Kapitalmärkten sehen, wird es für Regierungen, Unternehmen und Banken immer schwieriger, außerhalb ihrer Heimatländer Zugang zu Finanzmitteln zu erhalten. Dies ist äußerst besorgniserregend und auf lange Sicht untragbar. Ich bin der Überzeugung, dass wir uns weiter auf eine stärkere Integration des Rahmens für den Finanzsektor und des Fiskalsystems im Euro-Währungsgebiet zubewegen müssen. Dies ist der Schlüssel zur Stärkung der Fundamente unserer gemeinsamen Währung, der sowohl Bürgern wie auch Investoren die Sicherheit gibt, die sie für die Zukunft brauchen.

Doch nun zurück zum Wachstum. Ein Instrument ist der ordentliche Haushaltsplan der Union. Vor Jahresende werden wir den Finanzrahmen der EU für die Jahre 2014 bis 2020 festlegen. Auch wenn er nur 1 % unseres BIP ausmacht, geht es dabei um einen Betrag von rund einer Billion Euro über einen Zeitraum von sieben Jahren, was eine enorme Hebelwirkung entfalten kann. Dies ermöglicht Investitionen mit europaweitem Wachstumspotenzial, die sonst schlicht nicht möglich wären, so z.B. Investitionen in Energie- und Verkehrsnetze oder zur Finanzierung ehrgeiziger Forschungsprojekte oder digitaler Netze. In diesem Jahr bietet sich uns die einmalige Gelegenheit, diesen Haushaltsplan in ein Instrument der Wachstumsförderung umzuwandeln.

Zur Schließung marktbedingter Finanzierungslücken verfügt die Europäische Union mit der Europäischen Investitionsbank auch über ihre eigene Investitionsbank – die EIB ist die größte multilaterale Bank der Welt. Was in der breiten Öffentlichkeit nicht unbedingt bekannt ist, dürfte vielen von Ihnen durchaus bewusst sein: Die EIB gewährt größeren Unternehmen Direktdarlehen und unterstützt Banken bei der Gewährung von Darlehen an kleinere Unternehmen. Sie war ein Partner bei der Planung wichtiger Infrastrukturprojekte, wie Windkraft- und Solaranlagen.

Als die Banken während der Krise risikoscheuer wurden und sich die Marktakteure zurückzogen, hat die EIB ihren Einsatz deutlich erhöht und dafür gesorgt, dass für wichtige Projekte weiterhin die benötigten Finanzmittel bereitstanden. Ohne neues Kapital wäre die Bank bald gezwungen, ihre Tätigkeiten einzuschränken. Natürlich bedeutet die Bereitstellung von neuem Kapital, dass die europäischen Regierungen und Steuerzahler in Anspruch genommen werden. Dafür gibt es jedoch triftige Gründe.

Sollten wir daher nicht darüber nachdenken, wie sich die EIB stärker in Bereichen einbringen kann, in denen der Bedarf am größten ist? Ich denke schon.

Mit einer Kapitalaufstockung um 10 Milliarden Euro könnten wir die Darlehenskapazität der Bank in den kommenden drei Jahren um 60 Milliarden Euro für neue Darlehen erhöhen, womit neue Investitionen im Umfang von bis zu 180 Milliarden Euro unterstützt werden könnten. Auf diese Unterstützung kommt es an, damit Länder und Unternehmen aus der Krise herauswachsen können.

Abschließend möchte ich feststellen: Es steht in der Tat viel auf dem Spiel. Europa braucht strukturelles Wirtschaftswachstum, und wir können dies bewirken. Ich wiederhole: Reformen brauchen ihre Zeit.

Für die Entscheidungsträger in Europa hat dies oberste Priorität, und wir arbeiten in engem Benehmen auf dieses Ziel hin. Der Europäische Rat wird im Juni erneut zusammentreten, um wichtige Beschlüsse zu fassen, und ich schließe nicht aus, dass ich zu einem früheren Zeitpunkt ein informelles Abendessen der Staats- und Regierungschefs einberufe, bei dem ein offener Gedankenaustausch über die bestmögliche Vorbereitung der Juni-Tagung geführt werden soll.

Wir müssen uns auf eine Ideenschlacht einlassen. Haushaltskonsolidierung ist nicht gleichbedeutend mit einem vorübergehenden Sparkurs. Haushaltskonsolidierung bedeutet auch Investitionen in die Zukunft. Es geht darum, die richtigen, zukunftsorientierten Entscheidungen zu treffen. Kürzungen und Steuern müssen fair sein. Auch eine Wachstumspolitik macht es erforderlich, eine Auswahl zu treffen und Opfer zu bringen, doch sollten diese nicht auf den Schultern einer gesellschaftlichen Gruppe oder einer Generation allein lasten. Manche vermitteln den Eindruck (bzw. die Illusion), Wachstumspolitik sei eine einfache Sache. Dies ist mitnichten der Fall. Vielmehr ist nun die Stunde der Wahrheit gekommen. Wir müssen den Wandel gestalten; andernfalls wird er uns aufgezwungen.

Wie ich eingangs sagte, müssen auch Sie als Unternehmer sich in dieser Debatte über die Zukunft Europas zu Wort melden. Wir müssen Europa positiv darstellen. Kritik gibt es reichlich. Und auch Angst ist weit verbreitet. Was wir vermitteln müssen, ist Hoffnung. Wenn Sie mit Nachdruck für einen Wandel eintreten, werden Sie auf unerwartete Verbündete stoßen – nicht nur in den üblichen Regierungs- oder Unternehmerkreisen, sondern auch unter Arbeitnehmern, Jugendlichen und Arbeitlosen. Hoffnung ist ein attraktives Konzept. Wir können den Wandel gestalten. Wir haben dies schon früher getan. Wir haben unsere eigene Zukunft in der Hand.

---